



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

Juni 2003

Über 41 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 90

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident:
Nationalrat Dr. Christoph Blocher

Vizepräsidenten:
Dr. Pirmin Schwander, Unternehmer
Jean-Dominique Cipolla, Notar

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

AUNS beschliesst Referendum gegen Bilaterale II (Schengen)

Nein zum EU-Beitritt. Auch nicht durch die Hintertüre!

Liebe AUNS-Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

An der Mitgliederversammlung vom 17. Mai 2003 haben die 1000 anwesenden Mitglieder unserer Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz beschlossen, das Referendum gegen die Bilateralen II (Schengen) zu ergreifen. Damit soll verhindert werden, dass der Bundesrat unser Land durch die Hintertüre in die EU treibt. Zudem bleibt das Schweizer Volk vor dem nachteiligen Schengener Kolonialvertrag verschont.

Obwohl das Schweizer Volk mehrfach zum Ausdruck gebracht hat, dass es der EU nicht beitreten will und obwohl heute auch die Wirtschaft klar gegen einen EU-Beitritt votiert, wollen der Bundesrat, die SP, FDP und CVP den Beitritt in der Legislatur 2003–2007 erzwingen.

Weil der Bundesrat weiss, dass er in einer offenen Ab-

stimmung keine Chance hat, **missbraucht er die bilateralen Abkommen** – insbesondere die Bilateralen II (Schengen) – **als Hintertüre und als Vorstufe zum EU-Beitritt**. Der Bundesrat spielt dabei ein unehrliches Doppelspiel. Im Inland verkündet er, man führe bilaterale Verhandlungen mit der EU, um dieser nicht beitreten zu müssen. Und in Brüssel verkündet man mit dem EU-Beitritts-gesuch das Gegenteil.

- **Die AUNS wird sich einem EU-Beitritt entschlossen widersetzen – auch einem Beitritt durch die Schengener Hintertüre!**
- Der Bundesrat muss das **EU-Beitritts-gesuch endlich zurückziehen**.
- Die AUNS fordert zudem, dass die Schweiz mit der EU vor dem Jahr 2009 **keine Verhandlungen über die Ausdehnung der Per-**

sonenfreizügigkeit und über neue Dossiers führt.

- Im Hinblick auf die Nationalrats- und Ständerats-wahlen vom 19. Oktober 2003 heisst unser Ziel: **Wir wollen ein anderes Parlament!** Wir werden Persönlichkeiten zur Wahl empfehlen, die ihren Eid auf unser Land ernst nehmen und sich ohne Wenn und Aber für die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Rechte des Volkes einsetzen.

Ihre Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Der Präsident:

Christoph Blocher

Der Geschäftsführer:

Hans Fehr

Vorbereitung Referendums-kampf: Die Unterschriftensammlung gegen Schengen kann bereits im Januar 2004 starten! Ein Referendums-kampf kostet sehr viel Geld. Deshalb danken wir allen, die den Mitgliederbeitrag 2003 schon bezahlt und sogar aufgerundet haben. Wir bitten Sie mitzuhelfen, den Kampffonds der AUNS weiter zu äufnen. Besten Dank!

Referendum «Kein EU-Beitritt durch die Hintertüre»

Resolution

Die Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) hat am Samstag, 17. Mai 2003, folgende Resolution verabschiedet:

AUNS beschliesst Referendum gegen Bilaterale II (Schengen)

Kein EU-Beitritt durch die Hintertüre!

1. Die AUNS nimmt mit Erstaunen zur Kenntnis, dass – obwohl das Schweizer Volk mehrfach zum Ausdruck gebracht hat, dass es der EU nicht beitreten will, und obwohl heute auch die Wirtschaft klar gegen einen EU-Beitritt votiert – der Bundesrat, die SP, FDP und CVP den Beitritt in der Legislatur 2003-2007 erzwingen wollen. **Die AUNS wird sich einem EU-Beitritt entschlossen widersetzen.**
2. Weil der Bundesrat weiss, dass er in einer offenen Abstimmung keine Chance hat, missbraucht er die bilateralen Abkommen als Vorstufe zum EU-Beitritt: Mit den Bilateralen will er Beitrittschancen abbauen und die Schweiz durch die Hintertür in die EU führen. **Die AUNS bekämpft auch einen EU-Beitritt durch die Hintertüre.**
3. **Die AUNS fordert den Bundesrat auf, das EU-Beitritts-gesuch endlich zurück-zuziehen.** Wenn die Schweiz bilateral verhandelt, weil sie als souveräner Staat ausserhalb der EU bleiben will, kann sie nicht gleichzeitig mit einem Gesuch um den EU-Beitritt bitten. Durch diese zwiespältige Haltung wird die Schweiz unglaubwürdig und die Verhandlungsergebnisse – wie schon bei den ersten bilateralen Verträgen und dem Luftverkehrsabkommen ersichtlich – werden zum Nachteil für die Schweiz. **Das Schweizer Volk hat sich für den bilateralen Weg entschieden als Ersatz für einen folgen-schweren EU-Beitritt und nicht als Hintertür zum EU-Beitritt.**
4. **Die AUNS fordert, dass die Schweiz mit der EU vor dem Jahr 2009 keine Verhandlungen über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit und über neue Dossiers führt.** Weitere Verhandlungen kommen erst in Frage, wenn das Schweizer Volk aufgrund der Erfahrungen mit der Personenfreizügigkeit im Jahre 2009 über deren Weiter-führung entschieden hat.
Falls Bundesrat und Parlament die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die EU-Oststaaten beschleunigen wollen und damit die politische und wirtschaftliche Souveränität der Schweiz gefährden, behält sich die AUNS das Referendum vor.
5. **Die AUNS wird die Bilateralen II (Schengen) mit Referendum bekämpfen.** Der Schengener Kolonialvertrag muss – als Hintertür zum EU-Beitritt – verhindert werden. Er würde unser Land zwingen, das ganze bisherige und künftige Schengenrecht zu übernehmen, das immer mehr Bereiche umfasst (Abbau der Grenzkontrollen, umfassende Amts- und Rechtshilfe, Visa-, Asyl- und Migrationspolitik, Bankgeheimnis, Waffenrecht) und die Souveränität unseres Landes und der Kantone bedrohen.

→ Kopieren Sie diese Seite und verteilen Sie die Resolution in Ihrem Bekanntenkreis.
Die Resolution kann auch von der Internetseite www.auns.ch/Aktuell abgerufen werden.

Bilaterale Verträge II (Schengen)

Nein zum EU-Beitritt durch die Hintertüre

Das Schengener Abkommen: unwürdig, unnötig, gefährlich

Was ist «Schengen»?

1985 unterzeichneten Frankreich, Deutschland, Luxemburg, Belgien und die Niederlande im luxemburger Weinbaudörfchen Schengen das so genannte *Schengener Abkommen über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen*.

1995 wurde in Ergänzung zum grundsätzlichen Abkommen von 1985 das *Schengener Durchführungsabkommen* abgeschlossen. Dieses soll ohne Sicherheitsverlust die Personenkontrollen an den «Landesgrenzen» abbauen.

Die beiden Schengener Übereinkommen von 1985 und 1990 bilden eine wichtige Voraussetzung für das Ziel des Amsterdamer Vertrages, nämlich einen EU-Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts zu schaffen.

Schengen provoziert die Schaffung von zwingendem Gemeinschaftsrecht, d.h. von «supranationalem» Recht, welches jeweiliges Landesrecht bricht. Nebst den bereits erwähnten Gründungsmitgliedern sind bis heute beigetreten: Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Österreich, Schweden, Finnland und Dänemark. Grossbritannien und Irland haben bis heute die Kontrollen an ihren Landesgrenzen nicht aufgelöst, beide Länder beteiligen sich nur an der polizeilichen Zusammenarbeit.

Die im EU-Jargon genannten Drittländer Norwegen und Island nehmen ebenfalls teil, weil die skandinavischen Staaten seit rund 50 Jahren eine Passunion bilden.

Kolonialismus in vollendeter Form

Der Inhalt des «Schengen-Besitzstandes» (Abkommen von 1985 und 1990 sowie die einzelnen Beitrittsübereinkommen) umfasst rund 500 A4-Seiten Text und weist acht Hauptkapitel auf:



«Der Schengener Kolonialvertrag bringt dem Schweizer Volk fremdes Recht, fremde Richter, fremde Polizei!»
(Bild: EU-Gerichtshof in Luxemburg)

Begriffsbestimmungen, Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen und Personenverkehr, Polizei und Sicherheit, Schengener Informationssystem, Transport und Warenverkehr, Datenschutz, Exekutiv Ausschuss und Schlussbestimmungen.

Diese Hauptkapitel sind wiederum in 18 Unterkapitel gegliedert. Es handelt sich hier also analog zum EWR-Vertrag um bereits geschriebenes EU-Recht, welches von der Schweiz übernommen werden müsste. Selbstverständlich wird dieser umfassende Schengener Acquis fortlaufend ergänzt. Als Vertragspartner (wenn man überhaupt von einem Vertragspartner sprechen kann) hätte die Schweiz zwar

ein Mitwirkungsrecht bei der Entscheidungsfindung, könnte aber bei den Schlussabstimmungen nicht mitmachen.

Deshalb hat Schengen den Charakter eines Kolonialvertrages (vgl. EWR-Vertrag). Das heisst: Eine ausenstehende Macht

zwingt der Schweiz Gesetze und Regeln auf, wie seinerzeit die «Mutterländer» ihren Kolonien. Schengen hiesse: Fremdes Recht, fremde Richter, fremde Polizisten.

Schönwetter-Abkommen

Das Integrationsbüro EDA/EVD behauptet, «die Erfahrungen der Mitgliedstaaten zeigen, dass die Abschaffung der statischen Kontrollen an der Grenze keinen Sicherheitsverlust bedeutet». Die durch Schengen ermöglichte «freie Fahrt» über die Grenze tönt attraktiv, aber nur dann, wenn keine Probleme auftauchen. Die Realität sieht anders aus. **Jedes Mal, wenn in einem Land z.B. eine Grossveranstaltung**

stattfindet, werden die traditionellen Grenzkontrollen wieder aufgezogen.

Prominente Beispiele sind u.a. die Fussballweltmeisterschaft in Frankreich 1997, die Fussballeuropameisterschaft 2000, der G8-Gipfel in Genua von 2001 und der kürzlich durchgeführte G8-Gipfel in Evian.

Was bringt ein Abkommen den Bürgerinnen und Bürgern, wenn es bei Schwierigkeiten ausser Kraft gesetzt werden muss?

Offene Grenzen – mehr Unsicherheit für die Schweiz

Sicher ist nur, dass das Schweizer Stimmvolk durch ein Schengen-Diktat erneut **weniger Mitbestimmung** und **weniger Sicherheit** in Kauf nehmen müsste, dafür aber **mehr Schikanen** im Alltag.

Das Integrationsbüro schreibt weiter, Schengen «stellt einen Systemwechsel der inneren Sicherheit dar.» Und gibt zu, dass der **Abbau der personenbezogenen Grenzkontrollen ein Sicherheitsdefizit** bewirkt. Dieses soll u.a. durch verschiedene Massnahmen gedeckt werden:

- *Grenzüberschreitende Polizeiaktivität*, d.h. ausländische Polizisten dürften auf Schweizer Boden Personen verfolgen («Nacheile») und beschatten («Observation»).
- *Schleierfahndung* oder *lageabhängige Kontrolle*: Da die Grenzkontrollen wegfallen, würde im Inland, vor allem im grenznahen Raum, verstärkt kontrolliert. Der Bürger wird unter dem Schengenregime in seinem eigenen Land jederzeit, überraschend und ohne objektiv vorliegende Gründe von der Polizei angehalten, während er heute entweder beim Grenzübertritt, bei begründeten Fahndungen oder Verkehrskontrollen mit der Polizei in Kontakt gerät. Das hätte **mehr Personalbedarf, höhere Kosten, weniger Effizienz** sowie **mehr Schikanen** zur Folge.

- *Rechtshilfe*: Die Schweiz hat bereits heute mit ihren Nachbarstaaten umfassende grenzpolizeiliche Abkommen. Neu wäre aber die Rechtshilfe im Bereich Steuern und Zoll (siehe nachfolgender Kasten). Dies hat die Konsequenz, dass das **Bankkundengeheimnis massiv unter Druck gerät**.

- *Einschränkung unseres freiheitlichen Waffenrechts*: Die von Bundesrätin Metzler bereits beabsichtigte Revision des Waffengesetzes zeigt die Schengentendenz auf: Erwerb und Besitz von Waffen (Sammler, Sportschützen, Jäger) werden verschärft, indem u.a. ein *Bedürfnisnachweis* erbracht werden soll. Der Waffenbesitz soll zentral erfasst und die Kontrollmöglichkeiten durch eine *Meldepflicht* ausgebaut werden. Auch der Besitz von *Armeewaffen* («kriegstaugliche» Waffen) wie Karabiner 31 oder Sturmgewehr 57 bzw. 90 wäre bewilligungspflichtig. Damit ist auch die Aufbewahrung der persönlichen Armeewaffe zu Hause in Frage gestellt.

All diese «Schengener Massnahmen» bringen mehr Zentralismus, mehr Bürokratie, weniger Freiheit und weniger Föderalismus. Wichtige Rechtsbereiche auf Bundes- und Kantonsebene würden von Schengen wie ein «Virus» befallen und der Schweiz entzogen.

EU-Beitritt durch die Hintertüre

Der Bundesrat behauptet natürlich, Schengen bringe mehr Sicherheit, eine bessere Asyl-Lastenverteilung und Erleichterungen im Grenzverkehr.

Ob Schengen der Schweiz mehr Sicherheit bringt, ist eine mehr als kühne Behauptung. Schliesslich ist die Schweiz im Vergleich zu den EU-Staaten ein sicheres Land. In der Asylpolitik geht es offenbar darum, die Hausaufgaben im eigenen Land nicht anpacken zu müssen und das

Problem nach Brüssel zu delegieren. Denn die Schweizer Asylpolitik lädt nach wie vor zum milliarden-schweren Asylmissbrauch ein. Die zentrale Sammlung von Personendaten, die grenzüberschreitende Polizeitätigkeit und die verstärkten Personenkontrollen im eigenen Land sind für eine freiheitliche Gesellschaft gefährlich und schikanös. Im Weiteren wird Schengen der Zentralisierung der Polizeiorganisation massiv Vorschub leisten. Die Kantone werden die Polizeihohheit verlieren. Die Rechtshilfemassnahmen werden im Finanzdienstleistungssektor nicht in erster Linie Kriminelle treffen, sondern die Eigentumsrechte und die Privatsphären der Bürgerinnen und Bürger einschränken.

Der Schengener Rechtsbestand – der bestehende und zukünftige – bricht unser Landesrecht mit noch mehr Gemeinschaftsrecht. Und wir hätten dazu nichts zu sagen. Schengen bedeutet eine weitere Aushebelung der Souveränität und der direkten Demokratie durch die Übernahme eines klassischen Kolonialvertrages. Zudem würde die Bürokratie aufgebläht und die Verwaltungskosten würden steigen.

Achtung! Schengen-Falle!

Schengen ist für die EU ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer zentral geführten politischen Union. Deshalb drängt der Bundesrat auf einen raschen Vertragsabschluss. Denn sind wir einmal in der Schengen-Falle, so sind wichtige EU-Beitrittschancen beseitigt. Und die hinterhältige Taktik des EU-Beitritts durch die Hintertüre hätte Erfolg.

Die Abwägung der Vor- und Nachteile ergibt eine klare Bilanz: Die von offizieller Seite gelobten Vorteile sind fadenscheinig und tatsachenwidrig. Mit Schengen wird die Schweiz nur verlieren. Darum: Nein zu fremdem Recht, zu fremden Richtern und zu fremden Polizisten!

Bankkundengeheimnis bleibt wegen Schengen bedroht!

Die EU-Minister haben sich am 4. Juni 2003 auf eine Zinsbesteuerung geeinigt. Ab dem 1.1.2005 führen die EU-Staaten den gegenseitigen Informationsaustausch über Zinserträge von EU-Bürgern ein. Luxemburg, Österreich und Belgien machen bei diesem Informationsaustausch nicht mit. Sie erheben dagegen wie die Schweiz eine Verrechnungssteuer von 35 Prozent und liefern davon drei Viertel den Heimatstaaten der Kontoinhaber ab. Nach dem Willen des Bundesrates soll auch die Schweiz diese Regelung übernehmen. Damit «könne» das Bankkundengeheimnis vorläufig gewahrt bleiben. Doch im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Beitritt der Schweiz zu Schengen liess die EU-Budgetkommissarin Schreyer selbstbewusst verlauten, dass der Schweiz im Schengen-Dossier keine Sonderlösung beim Umfang der Rechtshilfe gewährt werde, sondern sie müsse «notwendige Anpassungen» vornehmen.

Die Zeitung «Der Bund» titelte folgerichtig am 4.6.2003: «Die Schweiz sieht das Bankgeheimnis wegen des Schengen-Dossiers weiterhin in Gefahr!» Deshalb: Wehren wir den Anfängen und lehnen einen Schengen-Beitritt ab!

EU-Aktivismus

«EU macht Kinder nicht froh und Erwachsene ebenso nicht ...»

Neue EU-Richtlinien bestimmen, dass Werbung keine Aussagen machen darf, deren Wahrheitsgehalt objektiv nicht überprüfbar sind. Zum Beispiel der seit Jahren publizierte Werbeslogan eines Süsswarenherstellers «Haribo macht Kinder froh und Erwachsene ebenso» darf nur noch verwendet werden, wenn zwei voneinander unabhängige Gutachten belegen, dass die Aussage zutrifft.

[Blick, 11.04.2003]

Über die bilateralen Verträge wirkt dieser EU-Unsinn auch auf die Schweiz: «Ich wett ich hett es Happy-Bett»? Werden wohl bald EU-Bürokraten unsere Schlafgewohnheiten überprüfen?

Output der EU-Kommission und des Ministerrates im Jahr 2001

- 456 Vorschläge, Empfehlungen oder Entwürfe von Rechtsakten
- 182 Verordnungen
- 231 Beschlüsse und Entscheidungen
- 297 Mitteilungen und Berichte
- 4 Weissbücher
- 6 Grünbücher

- 1050 Vertragsverletzungsverfahren
 - 187 Rechtsakte (Direktiven und Verordnungen) hat der Ministerrat verabschiedet
- [Quelle: Economiesuisse]

Es wird geschätzt, dass rund 80 Prozent der Gesetze in den EU-Mitgliedsländern, welche die Unternehmen betreffen, ihren Ursprung im zentralistischen und sozialistisch geprägten Brüssel haben. Zählt man noch die auch bei uns überbordende Flut an Gesetzen und Vorschriften zur Brüsseler Produktion dazu, verwundert es kaum, dass das Unwort «Reformstau» doch noch seine Gültigkeit erhält. Und man glaube ja nicht, dass durch einen EU-Beitritt die inländische Bürokratie reduziert würde ...

Erfolgreicher Standort Schweiz (ausserhalb der EU)

EU-freie Schweiz weiterhin vertrauenswürdig

Verschiedene Länder-Ranglisten, so genannte Ratings (Moody's, Standard & Poor's, Fitch) halten die Kreditwürdigkeit der Staaten fest. Knapp hinter Luxemburg befindet sich die Schweiz auf dem zweiten Rang.

- 1 Luxemburg
- 2 Schweiz
- 3 USA
- 4 Norwegen
- 5 Niederlande
- 6 Grossbritannien
- 7 Deutschland
- 8 Frankreich
- 9 Österreich
- 10 Finnland

[Finanz und Wirtschaft, 30.04.2003]

Trotz aller Unkenrufe der EU- und EWR-Befürworter bleibt die Schweiz an der Spitze. Da behaupten doch die EU-Befürworter immer, der EU-Beitritt würde Wachstum, sichere Sozialversicherungen, Arbeitsplätze und gesunde Staatsfinanzen bringen. Wie sieht es denn in unseren Nachbarländern EU-Österreich, EU-Italien, EU-Deutschland und EU-Frankreich aus?

Schweizer Hochschulen beliebt

17 Prozent der Studierenden stammen aus dem Ausland. Damit nimmt die Schweiz gemäss einer OECD-Vergleich eine Spitzenstellung ein. Ebenfalls beim Austauschsaldo liegt die Schweiz an der Spitze, d.h. es studieren mehr Ausländer in der Schweiz als umgekehrt. Das BFS stellt fest, die Schweizer Universitäten seien attraktiv.

[Tagesanzeiger online, 05.05.2003]



Schweizer Wirtschaftsstandort bleibt attraktiv

Zurzeit investieren ausländische Firmen rund 150 Milliarden Franken in der Schweiz. Hunderte von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) aus dem EU-Raum siedeln

sich in der Schweiz an. Dies bestätigen das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) und kantonale Wirtschaftsförderer. Stark zugenommen hat die Ansiedlung kleinerer Unternehmen aus Deutschland, Frankreich und Italien. Aber auch grössere Konzerne siedeln

zum Beispiel ihren Europa-Hauptsitz in unserem Land an. So hat der US-Landmaschinenkonzern John Deere seine Vertriebsgesellschaft mit 50 Mitarbeitern von Mannheim nach Schaffhausen verlegt. Weitere Firmen wie Gucci, Gillette, Wal-Mart, Ebay, Procter&Gambler, Polo Ralph Lauren, Avery Denison und Cisco haben sich für die Schweiz entschieden. Als Grund wird die Standortqualität, die geringe Steuerbelastung, der flexible Arbeitsmarkt, die qualifizierten Arbeitskräfte und die Lebensqualität angegeben.

[Finanz und Wirtschaft, 17.05.2003/Cash, 06.06.03]

Da auch die Schweiz in den letzten Jahren an Attraktivität eingebüsst hat, zeigen solche Beispiele, dass wir nicht den EU-Beitritt benötigen, sondern eine Politik, die ihre Hausaufgaben macht und zum Schweizer Wirtschaftsstandort Sorge trägt.

Asyl- und Ausländerpolitik, Einbürgerung

Weiterhin leere Versprechungen!

Die Teilrevision des Asylgesetzes und die Totalrevision des Ausländergesetzes werden derzeit in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates behandelt. Die Beteuerungen von Frau Bundesrätin Metzler und vieler Parlamentarier am Abend des 24. November 2002 (als die Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» mit 50,1 % Nein- zu 49,9 % Ja-Stimmen nur hauchdünn abgelehnt wurde), es brauche nun ein «Asylgesetz mit Zähnen», sind bereits verwässert worden.

Die Beteuerungen und Absichtserklärungen werden spätestens am Abend des 19. Oktober 2003, wenn die eidgenössischen Wahlen vorbei sind, vergessen sein. Der Bundesrat und die Kommissionmehrheit wollen neu den Status der «humanitären Aufnahme»

schaffen – für abgewiesene Asylanten, deren Ausschaffung längerfristig nicht möglich ist. Solche Asylanten sollen weitgehend integriert werden, sie sollen arbeiten und Geld verdienen können, eine gute Ausbildung erhalten, eine Landessprache lernen, der Familiennachzug soll erleichtert werden etc. Diesen Irrweg, der ein völlig falsches Signal für Scheinflüchtlinge setzt, gilt es zu verhindern! Wir werden eine neue Asylinitiative unterstützen, um den milliarden-schweren Asylmissbrauch endlich zu stoppen!

Verschärfung des Asylrechts in Dänemark

Das dänische Parlament hat am Donnerstag beschlossen, dass abgewiesene Asylbewerber künftig in ein gesondertes Zentrum bei Kopenhagen verlegt werden und keine finanzielle Unterstützung

mehr erhalten. Die Regierung von Ministerpräsident Rasmussen hat den Kampf gegen den Asylmissbrauch zu einem ihrer wichtigsten Anliegen erklärt. [NZZ, 25.4.2003]

Ausweitung der verfolgungssicheren Staaten verlangt

Nationalrat Hans Fehr hat am 7. Mai 2003 mit einer Dringlichen Anfrage die Ausweitung der verfolgungssicheren Staaten auf die Balkanländer Bosnien-Herzegowina und die Bundesrepublik Jugoslawien/Kosovo verlangt, so dass auf solche Asylgesuche gar nicht mehr eingetreten wird. Fehr stellt fest, gemäss Asylstatistik habe die Schweiz aus diesen Ländern im Jahr 2001 4655 Asylgesuche entgegen genommen, im Jahr 2002 sogar 5240. Dies, obwohl die beiden Länder seit 1995

bzw. 1999 befriedet und heute als verfolgungssicher einzustufen seien. Gleichzeitig kritisiert Fehr die Präsenz der über 200 «friedensunterstützenden» Schweizer Soldaten («Swisscoy») in Kosovo, die jährlich über 40 Millionen Franken kosten, als teure Alibiübung. Das Ziel, dass dann praktisch keine Asylanten mehr aus diesen Gebieten kämen, sei eine millionenteure Illusion.

Grossbritannien: Blair will Asylanten-Zustrom halbieren

Die Politik der Regierung Blair ist seit Ende letzten Jahres vor allem darauf ausgerichtet, die Attraktivität Grossbritanniens als Asylland im Vergleich zu anderen EU-Staaten drastisch zu verringern. England hat das Asylverfahren durch den Zwang, innert 24 Stunden nach der Einreise das Aufnahmegesuch zu stellen oder die Ausschaffung ohne Rekursmöglichkeiten zu riskieren, entscheidend und mit Erfolg gestrafft.

Spaniens Ausländergesetz erneut verschärft

Der spanische Ministerrat hat am Freitag die dritte Revision des seit zweieinhalb Jahren gültigen neuen Ausländergesetzes verabschiedet. Entgegen dem formellen Einwand des Obersten Gerichts, dass nicht alle Ausführungsbestimmungen vom Gesetz abgedeckt würden, treten die folgenden Massnahmen definitiv in Kraft: **Erleichterte Ausschaffung und Internierung** illegaler Immigranten, deren Zahl auf eine halbe Million geschätzt wird, sowie **reduzierter Familiennachzug**. [NZZ, 24./25.5.2003]

Bei einer Gesamtbevölkerung von 42 Millionen mit eineinhalb Millionen Ausländern, also gut 3 %, spricht Spanien von einem «Ausländerproblem». Die Schweiz mit über 20% Ausländern hat nach Ansicht gewisser Kreise dagegen kein Ausländerproblem ...

«Erfreuliche» Entwicklung bei Einbürgerungen

Der Bundesrat bzw. das Bundesamt für Ausländerfragen nennt die massive Zunahme von Einbürgerungen «erfreulich». Tatsächlich hat sich die Zahl der jährlich neu Eingebürgerten von 6183 im Jahre 1990 auf 38 833 (2002) mehr als versechsfacht:

Jahr	Anzahl Einbürgerungen	Jahr	Anzahl Einbürgerungen
1990	6 183	1997	19 460
1991	5 872	1998	21 705
1992	10 203	1999	21 698
1993	12 902	2000	30 452
1994	15 258	2001	30 075
1995	17 453	2002	38 833
1996	20 077		

Der Bundesrat, die Parlamentsmehrheit, linke, grüne und pseudo-bürgerliche Politiker, Hilfswerke, kirchliche Kreise etc. jammern, die Schweiz habe ein «viel zu strenges» Einbürgerungsgesetz. Sie verlangen die automatische Einbürgerung für die so genannte 3. Generation und ein Beschwerderecht bei negativen Entscheiden. Sie wollen ihre Einwanderungs-, Einbürgerungs- und Asylpolitik der «offenen Scheunentore» damit statistisch beschönigen. Offenbar genügt ihnen eine mehr als sechsfache Steigerung innert 10 Jahren nicht! Wir setzen alles daran, um dieser verfehlten Politik einen Riegel zu schieben und die Verschleuderung des Schweizer Bürgerrechts zu verhindern.

Fehlkonstruktion EU

Die schweren Belastungen und Nachteile, die ein EU-Beitritt der Schweiz und dem Schweizervolk aufbürden würde, sind bekannt:

- Verlust an Freiheit, Unabhängigkeit und an Volksrechten.
- Preisgabe unserer integralen (umfassenden) Neutralität.

- Preisgabe des Schweizer Frankens und unserer eigenständigen Notenbank. Verdoppelung der Mehrwertsteuer auf mindestens 15 %.
- 2 % höhere Schuld- und Hypothekarzinsen.
- 20-25 % höhere Wohnungsmieten.
- Jährliche Milliardenzahlungen an Brüssel.

EU-Osterweiterung

Eine in die EU eingebundene Schweiz käme durch die auf den 1. Mai 2004 vorgesehene **Osterweiterung** vollends vom Regen in die Traufe.

Die Osterweiterung um 10 neue Staaten wird der «EU der 15» noch gewaltige zusätzliche Probleme aufbürden:

Die EU übernimmt 10 neue Staaten mit schlechten Wirtschaftsleistungen und zum Teil hoher Arbeitslosigkeit:

	Bruttoinlandprodukt (BIP) 2001 pro Kopf in Euro	Arbeitslosigkeit 2002 in Prozent
Zypern	14 550	5,3
Tschechien	6 170	7,4
Estland	4 510	9,1
Ungarn	5 670	5,6
Litauen	3 850	13,1
Lettland	3 610	12,9
Malta	10 320	7,5
Polen	5 280	20,0
Slowenien	10 520	6,0
Slowakei	4 250	19,4
EU-15	23 210	7,6
Schweiz	38 400	2,5

[Tagesanzeiger, 14.05.2003]

Wie sagt doch der für die EU-Erweiterung zuständige Kommissar Günter Verheugen: «Der EU-Erweiterungszug wird allmählich zum TGV.» Mag ja sein: aber man stelle sich einen 300 km/h schnellen Hochgeschwindigkeitszug auf durchgerosteten Schienen vor, die auf einem schwachen, verlotterten und vernachlässigten Fundament verlegt sind ...

AUNS-Mitgliederversammlung

AUNS-Vorstand verjüngt und erweitert

Anlässlich ihrer Mitgliederversammlung vom 17. Mai 2003 hat die AUNS **sechs neue Mitglieder** in den Vorstand gewählt. Mit der Verjüngung des Vorstandes wird insbesondere der erfreulichen Tatsache Rechnung getragen, dass immer mehr junge Leute den Wert und die Bedeutung einer unabhängigen, neutralen Schweiz erkennen und der AUNS beitreten:

- **Christoph Mörgeli, Prof. Dr. phil., Historiker, Nationalrat, 8713 Uerikon/ZH (*1960)**
- **Pirmin Schwander, Dr. oec. publ., Unternehmer, 8853 Lachen/SZ (*1961)**
- **Natalie Rickli, kaufm. Angestellte, Gemeinderätin, 8400 Winterthur (*1976)**
- **Thomas Fuchs, Betriebswirtschafter, Grossrat, 3018 Bern-Bümpliz (*1966)**
- **Gabriel Neukomm, Gymnasiast, 8125 Zollikoberg/ZH (*1983)**
- **Kevin Grangier, Student, 1845 Noville/VD (*1984)**

Die folgenden Vorstandsmitglieder verbleiben im Amt:

Nationalrat Dr. Christoph Blocher, Unternehmer, Herrliberg (Präsident); Jean-Dominique Cipolla, notaire, Martigny/VS (Vice-Präsident); Norberto Anderegg, Instruktor Sicherheitsdienste, Chiasso; Hans Bischoff, Architekt FSAI/SIA, Spiegel/BE; Etter Hans, Grossrat, Zollikofen/BE; Geninasca Charles, économiste, Gingins/VD; Dr. iur. Hans-Ulrich Graf, alt Nationalrat, Bülach; Lukas Reimann, Jus-Student, Wil/SG; René

Scheidegger, administrateur, Estavayer-le-Lac/FR; Christian Schmid, Generalagent, Niederried/BE; Nationalrat Luzi Stamm, Rechtsanwalt, Baden/AG; Conrado A. Surber-Devoto, dipl. Ing. ETH, lic. oec. publ., Schaffhausen/Peru; Rudolf Syz, Unternehmer, Arisdorf/BL.

Aus dem AUNS-Vorstand sind unter Verdankung der geleisteten Dienste zurückgetreten:

Dr. iur. Paul Eisenring, a. Nationalrat, Erlenbach/ZH (Vizepräsident); Christian Miesch, Unternehmer, alt Nationalrat, Titterten/BL (Vizepräsident); Gabriela Ammann, dipl. Krankenschwester, Bern; Eric Bertinat, secrétaire, Charmey/FR.



«Wiederum 1000 AUNS-Mitglieder bekundeten anlässlich der 18. Mitgliederversammlung vom 17. Mai 2003 in Bern ihren Willen, für die Schweiz einzustehen.»

(Photo Keystone)

Die AUNS kämpft für eine freie Schweiz.

Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.

Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Geworben durch: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC-Konto 30-10011-5